

Brühler Zeitung

Brühler Lokalanzeiger - Brühler Stadtanzeiger - Brühler Volkszeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Wfg. Reklamen 30 Wfg. Offertengeld und Aufnahmestellung 10 Wfg. Bei anstandsloser Bezahlung oder Kontos ist jeder Absatz hinfällig. Platzverträge unverbindlich. - Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12742 * Fernsprecher 21 08.

Bezugspreis: Durch den Posten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.50 Mk. einschl. Frachtkosten. Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. - Störungen infolge höherer Gewalt rechtfertigen keine Ersatzaufträge.

Beilagen: Der Familienfreund * Sport * Aus der Welt der Frau * Der praktische Landwirt * Der Erzähler * Der Mittelstand * Sonntagsfreude * Rundfunk

Nr. 239

Dienslag, 11. Oktober 1932

35. Jahrgang

Brühler Zeitung

11. Oktober 1932.

Versuche am untauglichen Objekt. In verschiedenen Blättern, so auch in der „Brühler Zeitung“ in Solingen werden Ausführungen kolportiert, die der Zentrumsabg. Graf Galen bei einer Wahlrede gemacht haben soll und die dahin gehen, daß innerhalb der Zentrumsparlei verschiedene Richtungen beständen, von denen die eine — namentlich aus der Arbeiterschaft zusammengekehrt — mit Brüning eine reine Verärgerungspolitik gegen von Papen betriebe, deren andere aber eine Verständigung mit von Papen anstrebte.

Es muß zunächst festgestellt werden, daß hier wie so oft schon in früheren Zeiten ein Versuch unternommen wird, das Zentrum als innerlich uneinig hinzustellen, um daraus parteipolitisch Kapital zu schlagen. Solche Versuche haben sich schon in früheren Zeiten als völlig hoffnungslos erwiesen. Das ist heute nicht anders. Diese Spekulationen auf unsere Uneinigkeit unterwerfen wir uns nicht. Das feste Gefüge unserer Partei, das sich nicht auf eine rein äußerliche Organisation aufbaut, sondern durch feste Grundzüge und Lebensanschauungen bestimmt wird.

Graf Galen, der Mitglied der preussischen Landtagsfraktion unserer Partei ist, hat auf Anfrage mitgeteilt, daß über seine Rede verschiedene willkürliche Wendungen im Umlauf sind. Wie sehr er innerlich völlig mit dem Kurs der Partei einverstanden ist, das beweist u. a. der Umstand, daß er noch in der letzten Fraktionsführung der Landtagsfraktion als letzter Redner mit Nachdruck erklärte, daß man auf dem rechten Wege sei, daß auch die so viel umstrittenen Verhandlungen mit den Nationalsozialisten politisch richtig gewesen seien.

Es ist ganz ausgeschlossen, daß ein Mann wie Graf Galen seinem engeren Landsmann und Parteifreunde Brüning nachgesagt hat, jener triebe eine reine Verärgerungspolitik gegen von Papen. Wir haben doch im Zentrum zu jeder Zeit betont, daß wir immer zu sachlicher Arbeit bereit sind. Das gilt ganz besonders von einem Staatsmann wie Brüning. Ihm Verärgerungsmotive nachzusagen ist entweder Dummheit oder Unwissenheit. Nur wer Brüning nicht kennt, oder ihm übelwollend etwas anhängen will, kann so etwas tun. Schon der Umstand, daß die Zentrumsparlei in keinem Augenblick — trotz aller Kritik an Einzelheiten — das Wirtschaftsprogramm des Kabinetts von Papen verworfen hat, daß sie vielmehr dazu überging und durch berufene Sachverständige ein Programm ausarbeiten ließ, das jenes verbessern und ergänzen, sowie seine Schwächen beseitigen sollte, ist doch wohl Beweis genug, daß wir im Zentrum durchaus zu sachlicher Arbeit bereit waren. Aber Herr von Papen hat sich ja noch gar nicht um diese Mitarbeit bemüht. Unser Abgeordneter Joss hat kürzlich ausdrücklich festgestellt: Herr von Papen hat nur einen Wunsch an unsere Fraktion geäußert. Das war vor jenem 13. August. Damals hat er die Vertreter des Zentrums, die er zu sich gebeten hatte, seine Verhandlungen mit den Nationalsozialisten nicht zu stören. Diesem Wunsch hat das Zentrum völlig loyal entsprochen. Die Verhandlungen der Zentrumsfraktion mit den Nationalsozialisten haben erst begonnen, nachdem der Kanzler v. Papen Bemühungen gescheitert waren. Und auch diese Verhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP gingen keineswegs um eine parteipolitische Koalition, sondern um ein sachliches Arbeitsprogramm, wobei oft genug betont worden ist, daß als Regierung nur ein Kabinett in Frage komme, das vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragen werde, wie wir überhaupt jederzeit bestrebt waren, alles zu versuchen, um Reichspräsident, Kabinett und Parlament aus einer verderblichen Konfliktlage heraus und zu einer segensvollen Zusammenarbeit zu bringen.

Preußen und das Reich vor dem Staatsgerichtshof.

Die Vertreter der Parteien begründen ihre Stellungnahme — Erstaunliche Behauptungen des Reichsvertreters gegen Braun und Severing. — Gegenüberklärung Severings.

Leipzig, 10. Okt. Unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke begann heute vormittag die Verhandlung der Klage gegen das Reich, die die Länder Preußen, Bayern und Baden angestrengt haben. Es handelt sich um das Verfahren, das das größte deutsche Land in Gang gebracht hat wegen der vom Kabinett Papen gegen Preußen verhängten Exekution vom 20. Juli.

Schon längere Zeit vor dem auf 10.30 Uhr anberaumten Verhandlungstermin im Prozeß gegen das Reich waren die Zuhörerplätze des Hauptsalles des Reichsgerichts völlig besetzt. Unter dem Auditorium bemerkte man führende Juristen und Staatsrechtslehrer aus allen Teilen des Reichs. Die Prozeßparteien selbst sind durch die regelrechten Delegationen vertreten. Dabei hat es der Zufall gefügt, daß die Vertretung des Reichs auf der gegenüberliegenden Seite ihre Plätze einnimmt.

Um 10.45 Uhr betrat Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke den Verhandlungssaal. Darauf hielt der Berichterstatter des Gerichtshofes ein längeres Referat aus den verschiedenen Schriftsätzen der Prozeßparteien, das die Ursachen des Reichsstreites darlegte und die Auffassungen der Prozeßbeteiligten widerspiegelt.

Nach dem mehr als einstündigen Referat des Berichterstatters gab der Vorsitzende Dr. Bumke eine Erklärung ab, in der er sich mit aller Schärfe gegen die in der Öffentlichkeit zutage getretenen Vorwürfe, der Staatsgerichtshof habe die Verhandlung verflüssigt, verwahrt. Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke fuhr fort, es sei nicht die Aufgabe des Staatsgerichtshofes, darüber zu entscheiden, ob die Geschehnisse, die hier angefochten werden, politisch rechtmäßig oder politisch heilsam gewesen seien; der Staatsgerichtshof habe lediglich darüber zu entscheiden, ob sich die Ereignisse im Rahmen der Verfassung gehalten haben. Zuerst

soll die Hauptfrage geprüft werden: Welches war die tatsächliche Lage am 20. Juli, und worauf konnte sich die Annahme stützen, daß gegen Preußen vorgegangen werden mußte, wie vorgegangen worden ist.

Vor Eintritt in die Verhandlung über den erwähnten ersten Punkt ergriff der Hauptsprecher der preussischen Delegation, Ministerialdirektor Dr. Dadt,

das Wort zu einer Erklärung, in der er betonte, daß Preußen keine Angriffe gegen den Herrn Reichspräsidenten richten wolle. Die Kläger bestritten jedoch auf das entschiedenste die Richtigkeit der Informationen, die dem Reichspräsidenten gegeben worden seien, die Richtigkeit der Auslegung der Reichsverfassung, die man ihm vorgetragen habe. Gegenstand der Klage sei lediglich die rechtliche Zulässigkeit des Vorgehens der Reichsregierung. Zweck der Klage sei vor allem die Befreiung Preußens von dem aus tiefste kränkelnden Vorwurf, daß Preußen seine Pflicht nicht erfüllt habe. Die preussischen Minister stellten ihre Person dabei vollständig zurück.

Im Namen der bayerischen Regierung gab Staatsrat Fran die folgende Erklärung ab: Der Sinn der bayerischen Klage ist ein durchaus anderer, als der Sinn der preussischen Klage. Die bayerische Klage richtet sich nicht unmittelbar auf die Verordnung vom 20. Juli; sie richtet sich nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft. Es kommt darauf an, im bundesfreundlichen Sinne die Grundlage für die zukünftige Anwendung des Artikels 48 zu finden.

Für die badische Regierung erklärte Ministerialdirektor Dr. Ficht: Auch der badischen Regierung kommt es darauf an, die absoluten und relativen Grenzen festzustellen, welche der Reichsregierung hinsichtlich der Anwendung des Artikels 48 gezogen sind.

Die Klage Preußens

Hierauf ergriff für die Klageparteien

Ministerialdirektor Dr. Brecht

das Wort. Seit den Septembervahlen 1930 besteht eine eigenartige Krise im deutschen Parlamentarismus. Die besondere Krise des deutschen Parlamentarismus ist auf die großen, steigenden Wahlerfolge der NSDAP zurückzuführen. Nach parlamentarischen Regeln war es an sich erwünscht, die NSDAP an die Regierung zu lassen; nicht nur aus Gründen der Richtigkeit, sondern weil in dem Zwang zur Verantwortung der tiefste Sinn des parlamentarischen Systems liegt. Aber es bestand ernster Zweifel an der legalen Ausübung der Macht durch die NSDAP, die selbst verlangte: alles oder nichts. Eine Mehrheit hat die NSDAP weder im preussischen Landtag noch im Reichstag. Bisher haben alle verantwortlichen Stellen es abgelehnt, der NSDAP, als Minderheit die entscheidende staatliche Macht in die Hand zu geben; das haben abgelehnt der Herr Reichspräsident und der Herr Reichskanzler Brüning vom September 1930 bis Mai 1932, der preussische Landtag vom Frühjahr 1932 bis heute, der Herr Reichspräsident und Reichskanzler von Papen Mitte August und nochmals Ende August. Die Ablehnung von Papens geht soweit, daß er ernste Versuche von NSDAP und Zentrum, zu einer parlamentarischen Basis zu kommen, politisch durchkreuzte.

In diesem verhältnismäßig gleichmäßigen Ablauf hat es eine Episode gegeben:

die Einigung von Papen-Hitler

Diese dauerte vom 1. Juni bis 13. August. Sie begann mit einem Vertrag.

Die NSDAP versprach der Regierung Papen als Präbialsabinett die Unterstützung, und zwar ohne nationalsozialistische Beteiligung und für die ganze Dauer des Kabinetts.

Dieses Versprechen gaben die Nationalsozialisten nur gegen bestimmte Zusicherungen ab. Diese waren unter anderem: Aufhebung des Uniformverbots, Wiedererlaubnis der verbotenen Sturmabteilungen, Beseitigung der jetzigen preussischen Regierung, insbesondere der Leitung der Polizei. Am 14. Juni erfolgte darauf die versprochene Aufhebung des Uniformverbots und des Verbots der Sturmabteilungen. Am 28. Juni wurde den Ländern verboten, etwas Ähnliches für sich allein zu machen.

Sodann kam die Anknüpfung direkter Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und dem nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Kerrl, um eine Reichsregierung in Preußen zu bringen, und schließlich am 20. Juli die Einsetzung des Reichskommissars für Preußen. Am 13. August folgte dann die Entzweiung mit der NSDAP.

Der Kausalzusammenhang der ganzen Ereignisreihe liegt klar zutage: die Aufhebung des Uniformverbots und die Steigerung der Unruhen, die darauf einsetzten, und ebenso der Zusammenhang zwischen

Kurze Tages-Chronik.

Vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig begann der Prozeß, den die alte preussische Regierung sowie die Landtagsfraktionen des Zentrums, der Sozialdemokraten und das Land Bayern wegen der Einsetzung der kommissarischen Regierung in Preußen gegen das Reich angestrengt haben. In längeren Ausführungen legten die Vertreter der Parteien, unter denen sich die berühmtesten deutschen Staatsrechtslehrer befinden, die Auffassungen ihrer Auftraggeber dar. Es wird mit einer Verhandlungsdauer von drei Tagen gerechnet.

Die Berliner Straßammer hat die Eröffnung des Strafverfahrens gegen den ehemaligen Polizeipräsidenten Weiß und Polizeioberst Seimannsberg abgelehnt.

In einem englischen Bergwerk stürzte ein Förderkorb ab. Bei diesem Absturz wurde fast die gesamte Besatzung getötet.

Ein englischer Dampfer ist an der Stelle eingetroffen, an der von Grenan auf den Ozean niedergefallen war. Der Dampfer wird von diesem Schiff nach Margu eingeleitet werden, während die Besatzung wahrscheinlich von dem Schiff aufgenommen wird.

Reichskanzler von Papen ist zu einem Staatsbesuch nach München abgereist.

den Abmachungen bei der Einsetzung der Regierung von Papen und ihrer Unterstützung durch die Nationalsozialisten auf der einen Seite, und das Vorgehen gegen die preussische Regierung auf der anderen Seite. Es liegt ihm fern, politische Angriffe gegen die Reichsregierung zu richten. Es handelte sich nur um die rechtliche Zulässigkeit der Maßnahmen.

Dr. Brecht geht dann ausführlich auf die Vorwürfe ein, die die Reichsregierung als Grundlage ihres Vorgehens gegen Preußen erhoben habe.

In der Besprechung am 20. Juli in der Reichskanzlei, als Braun und Severing für abgesetzt erklärt wurden, hätten die Vertreter des Reichs auf wiederholte Fragen nach den einzelnen tatsächlichen Gründen lediglich mit einem Aufsehzucken geantwortet. Erst am 5. August, mehr als zwei Wochen nach der Absetzung, seien dann tatsächliche Vorwürfe erhoben worden. Dr. Brecht weist die einzelnen Vorwürfe des Reichs in ausführlichen Darlegungen ab.

Dem damaligen Staatssekretär im preussischen Innenministerium, Abegg, sei unterstellt worden, er hätte den Kommunisten erklärt, sie möchten Terrorakte vornehmen, sie aber auf eine bestimmte Weise verschleiern. Es sei unfaßlich, daß diese Unterstellung bisher nicht zurückgenommen sei.

Dr. Brecht erinnert daran, daß Erzisi als preussischer Innenminister das Verbot des Rotfrontkämpferbundes durchführte, und daß Severing als damaliger Reichsinnenminister dafür eintrat, daß dieses Verbot auf das ganze Reich übernommen wurde.

Dr. Brecht erörtert dann, daß die Reichsregierung von Papen nachträglich durch einseitiges Durchsuchen der Akten und Ausfragen von Beamten über ihre bisherigen Vorgehensweisen noch einige weitere Vorwürfe gegen Preußen habe feststellen versucht. Diese Aufklärung der Beamten, die unter dem Druck der Entlassung gestanden hätten, kritisiert Dr. Brecht als einzig dastehend in der deutschen Geschichte.

Rundgebung der Christl. Gewerkschaften

(Schluß)

In der am Sonntag in Köln stattgefundenen Rundgebung der Christlichen Gewerkschaften, über die wir bereits gestern berichteten, sprach als zweiter Redner Landtagsabgeordneter Jakob Kaiser. Wir geben auch seine Rede in ihrem Inhalte wieder:

Am letzten Sonntag war der 85. Geburtstag des Reichspräsidenten von Hindenburg. Wir haben das in der christlichen Arbeiterbewegung herzlich miterlebt. Leider ist aber eine Entfremdung eingetreten zwischen denen, die sich zu Hindenburg bekannten, und dem Reichspräsidenten selbst. An dieser Entfremdung sind die Schuld, die sich heute „um keine Autorität“ scharen, die heute keine Autorität zur Propaganda für ihre politischen Ziele benutzen. Die Kreise, aus denen sich die heutige Reichsregierung zusammenstellt, haben mit wenigen Ausnahmen keine Ahnung, daß nicht aus ihren Regierungsmaßnahmen, wohl aber aus der Not und dem Hunger der breiten Volksschichten ein neues Deutschland herauswachsen will, ein Deutschland mit einem neuen, der Zukunft zugewandten Gesicht. Ein Volk, das gekämpft und gelitten hat für seinen Staat, das heute noch hungert, läßt sich nicht rückwärtsgangeln. (Beifall.) Ich habe deshalb schon in Düsseldorf gewarnt, daß man die Autorität des Reichspräsidenten nicht weiter hypostasiert durch den Mißbrauch der „autoritären Demokratie“. Der Volkswille, der Hindenburg gewählt, war ein Wille für einen freien, nationalen und sozialen Volksstaat. Und uns bewegt als Wunsch für Hindenburg nur eines: Er möge die Verbindung mit dem Volk festhalten. Er möge dem Volk eine Regierung aus dem Volk geben, eine wirklich soziale Volksregierung. Nur mit einer solchen Regierung wird der Wille und die Kraft des Volkes die brennenden Fragen und Probleme lösen, die heute so drückend auf dem deutschen Volke liegen. Es ist verhängnisvoll, die Autorität Hindenburgs dadurch zu gefährden, daß eine Regierung wie die heutige diese Autorität fortwährend als Deckung für ihre völlig unmögliche Politik benutzt. So unreif ist das Volk nicht, als daß es diese Umkleidekabine einiger Regierungsmänner mit einer geliebten Autorität nicht zu beurteilen wüßte. Wir halten diesen Zustand für umso gefährlicher und verderblicher, als man das deutsche Volk erneut zu einem Wahlkampf gezwungen hat. Es ist ein Wahlkampf, in dem sich alle Vorurteile und Vorurteile im Volk gegen die ewig rückwärtsgewandten wenden werden. Ich betone, es geht in diesem Wahlkampf um große Entscheidungen. Für die breite Masse des Volkes ist die heutige Regierungsschicht die Verkörperung des Unsozialen. Sie ist die Verkörperung eines Willens, der das deutsche Volk wieder in die Zeiten einer überlebten Unmündigkeit zurückführen möchte.

Woher kommt diese Verberzierung? Einmal: die Regierung trat im bewußten und betonten Gegensatz zu der alten Regierung auf, an der man als besonders verblüffendes Moment die beiden Gewerkschaftler Brüning und Stegerwald sah. Weiter: die Regierung trat mit einer Proklamation auf, die sich einseitig gegen die Arbeiterbewegung richtete. Man fürzte ihr geringes Einkommen noch an allen Enden. Den Staat, der für die Notleidenden des Volkes, für die Arbeitslosen vor allem, längst nur mehr das Notwendigste gab, schalt man Wohlfahrtsstaat. Man schaltete um und wendete die Gelder der Wohlfahrt anderen Kreisen, die die Not weniger verpirren, zu. Wir wissen, daß jeder Versuch, die Wirtschaft und den Staat rein auf Kosten der Arbeiterbewegung zu beleben, zum Scheitern verurteilt ist. Auch staatspolitisch ist der Vapensche Kurs zurückwärts gerichtet. Das alles läßt die Arbeiterbewegung dem Regierungskurs von heute ablehnend gegenüber stehen. Wir wollen es mit aller Deutlichkeit feststellen: Was die christliche Arbeiterbewegung zur Ablehnung der heutigen Staatsführung kommen läßt, ist keine parteipolitische Gebundenheit. Diese Ablehnung entspringt dem nationalen und sozialen Gewissen der christlichen Arbeiterbewegung. Man hat es uns zum Vorwurf gemacht, daß dem Reichsarbeitsminister bei seinem Besuch unseres Kongresses die Empörung der deutschen Arbeiterbewegung ins Gesicht schlug. Man kann das behaupten. Aber schuld daran ist nicht die Arbeiterbewegung. Schuld daran sind die, die mit ihrem Regierungsbeginn eine Beleidigung des Gewissens, und Volksgefühls der Arbeiterbewegung verbanden. (Sehr richtig!) In diesem Gewissens- und Volksgefühl der Arbeiterbewegung orientiert sich unser Bekenntnis zu Volk, Staat und Nation. Ein gesunder aufrechter Staat kann nur aus einem einheitlichen Volkswillens hervorgehen. Dieses Volkswillens kann sich aber erst dann entfalten, wenn alle Schichten des Volkes unter gleichen Rechten und gleichen Pflichten stehen. Der Redner wies dann auf die Unterschiede der christlichen und sozialistischen Arbeiterbewegung hin.

Mit dem Nationalsozialismus begann eine neue Tragik für das deutsche Volk. Es lebte die himmelschreiende Sünde reaktionärer Kreise ein, die diese Bewegung ihren völkischen Zwecken dienlich zu machen suchten. Vielleicht hätte wirklich ein aufstrebender nationaler Geist von der nationalsozialistischen Bewegung ausgehen können, wenn sie nicht vom Sündenbild der Reaktion abhängig gemacht hätte. Vor allem der Block der deutschen Gewerkschaften aber hat der Flut des Nationalsozialismus einen unzerstörbaren Damm entgegengestellt. Die Regierung der Industrie- und Herrenschicht hat kaum

das Recht, sich der Schwächung der Nationalsozialisten zu rühmen. Ihre Kreise waren es ja, die diese Bewegung erlitten und sie zu der wahnhaften organisierten Macht verholfen haben. Oder ist es vielleicht ein Ruhm, daß die Reaktion erst eine Bewegung zur Zerreißung und Schwächung des Volkswillens großzieht, nur um sich selbst hinter dieser Bewegung vorzuschieben?

Wir verlangen, um eines starken, möglichst einheitlichen deutschen Volkswillens willen, nach wie vor die gleichberechtigte Heranziehung der Arbeiterbewegung zur verantwortlichen Mitarbeit im Volksleben. Nur so kann der Weg zur Einheit des deutschen Volkes gefunden werden. Es ist ein Wahn zu glauben, der Staat und die Wirtschaft könnten ohne oder gar gegen die Arbeiterbewegung aus der heutigen Krise herausgeführt werden. Auch Herr von Papen sollte einmal über den Satz nachdenken, daß die Gewerkschaften zu den letzten wahrhaft konservativen Kräften des Staates gehören. Unsere Haltung gegenüber der sozialistischen Arbeiterbewegung soll uns aber keiner von denen, die immer so schlagwortgeheißt vom „Marxismus“ reden, falsch leiten. Ich wiederhole, was ich in Düsseldorf gesagt: Wir wollen nicht die Annäherung des Volkstums an den liberalsozialistischen Geist. Wir wollen den Weg auch der sozialistischen Arbeiterbewegung zum sozialen deutschen Volkstum.

In diesen Tagen ist auch vielfach die Frage gestellt, wie die christliche Arbeiterbewegung zum Nationalismus steht. Wir haben den Nationalsozialismus bekämpft wegen seines Diktaturwillens. Wir haben ihn bekämpft wegen seiner Kampfmethode, die jeder Volksgemeinschaftsbeziehung beraubt. Wir haben ihn vor allem bekämpft, weil er sich zum Vorwand der Reaktion machen ließ. Diese letzte Tatsache ist ihm zum härtesten Verhängnis geworden. Sein hemmungsloser Machtwillen ist an dieser Unnatur zerbrochen. Der Nationalsozialismus sucht sich jetzt auf irgend einer Basis neu zu sammeln. Es liegt so aus, als sei er sich selbst noch nicht klar, was er nunmehr will. Wir brauchen unsere Erklärungen, mit denen wir den Kampf gegen den Nationalsozialismus eröffneten, nichts mehr hinzuzufügen. Wir brauchen den Nationalsozialismus nicht. Wir können um unseres Volkes willen aber nur wünschen, daß der nationale und soziale Wille, der in den jungen Kräften der nationalsozialistischen Bewegung lebendig ist, sich zum Bekenntnis der Zusammengehörigkeit aller nationalen und sozialen Kräfte des deutschen Volkes durchringt.

An der Haltung zur Arbeiterbewegung aber scheiden sich die Geister. Auch für den Nationalsozialismus wird die Haltung zur Arbeiterbewegung entscheidend sein. Wir werden inzwischen unsere eigene Linie weiterverfolgen.

Dah wir an einer Volkswende stehen, wissen wir, der Kampf geht um das nationale und soziale Gesamtziel und Gesamtziel des Volkes gegenüber dem Diktat einer kleineren Herrenschicht. Die Regierung hat diesen Kampf schon sehr weit vorgetragen. Er geht in kurzer Zeit um weitere ganz konkrete Dinge. Er geht demnach und vor allem um die Verfassung des Volkes. Wir haben nie dem einseitigen Parlamentarismus und Zentralismus das Wort erteilt. Wir haben die Formaldemokratie abgelehnt. Wir haben Mitbestimmung der

großen wirtschaftlichen Organisationen, insbesondere der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gefordert. Der Redner ging dann näher auf die Verfassungsreform in ihren Einzelheiten ein. Wir leben, wie notwendig es ist, daß die Fortentwicklung der Verfassung nicht von einer dem Volk fremden Regierung „gemacht“ wird. Sie muß in Zusammenarbeit mit dem Volk und dem Parlament geschehen. Entscheidend ist auch, daß nicht ein Volkswille von oben herab konstruiert wird, mit dem sich die Regierung in Einklang glaubt. Was sich zum Beispiel Herr von Papen in seinen Reden an Konstruktiven über den Volkswillen geleistet hat, bleibt dem gesundenden Volk ein unsägliches Rätsel. Mag die Weimarer Verfassung zu sehr von liberaldemokratischem Geist geprägt gewesen sein, jetzt besteht die große Gefahr, daß von der heutigen Regierung ein Verfassungsumbau ertreibt wird, der den breiten Volksschichten fremd bleibt. Es besteht vor allem die Gefahr, daß der überlebte Geist eines Vorkriegsdeutschlands wieder wirksam wird. Das würde eine Zurückwerfung des gesamten Volkes bedeuten, die auf keinen Fall geduldet werden darf.

Ich will auch das noch aussprechen: Das Verhalten der Regierung Papen sieht sehr hart nach bewusster Sabotage des Volkswillens aus. Die Arbeiterbewegung, die einen ehrlichen Willen zum deutschen Nationalstaat hat, kann nur warnen, das Spiel mit der Abmündung des Volkswillens weiter zu treiben. Nur der Radikalismus hätte Gewinn davon. Wir wissen, wie es in der Arbeiterbewegung aussieht. Sollte es aber so sein, was man schon gehört, daß man die Tatsache der Radikalisierung des Volkes zur Rechtfertigung politischer Wagnisse in der Staatsführung nutzen will, so können wir vor solch frevelhaftem Unterfangen nur mit dem letzten Ausbruch unserer Sorge um die Zukunft des Volkes und des Reiches warnen. Wir, die christliche Arbeiterbewegung, werden initiativ für Volk und Staat bleiben. Unser Kampf um die soziale Standesordnung der Arbeiterbewegung ist uns die Grundlage für die erstrebte Friedensordnung des deutschen Volkes. Aus ihr wird das einheitliche stolze Volkswillens erwachen, das wiederum Voraussetzung für die wahre deutsche Nation und die echte deutsche Staatsordnung ist.

Und die weitere Aufgabe: Unelastische Schiden sich an, die konfessionellen Gegensätze in Deutschland wieder zu schüren. Unsere Bewegung umschließt Menschen beider Konfessionen. Tat und Wert der christlichen Gewerkschaften haben bewiesen, daß beide Konfessionen, unbeschadet ihrer eigenen Gesetzmäßigkeiten, in einer Gemeinschaft zum Wohl von Arbeiterbewegung und Gesamtvolk wirken können.

Ein letztes drängt es mich noch zu sagen: Die Arbeiterbewegung kämpft heute wieder um ihr tägliches Brot. Freunde, laßt es mich sagen, daß nicht zuletzt von Gruppen und Völkern der Armut oft neue Kraft für die Zukunft ausgeht. In unseren Reihen sind viele Sungernde heute. Wir kämpfen mit aller Erbitterung, daß ihnen ihr Recht werde und ihr tägliches Brot. Laßt uns trotzdem auch die großen Volksgedanken nicht vergessen. Laßt uns der Herrenschicht gegenüber zeigen, daß der Idealismus und Volksglaube einer Arbeiterbewegung nicht von ihrer Anerkennung abhängig ist.

Unter Kampf aber gilt den Feinden der Arbeiterbewegung. Die Feinde der Arbeiterbewegung sind auch die Feinde des Volkes. Unsere Liebe unsere Sorge dagegen gilt einem freien deutschen Volke. Gilt der nationalen und sozialen Zukunft Deutschlands. (Starker Beifall.)

Die Rundgebung, die durch einen Orgelvortrag und zwei Vorträge des Männerchors der christlichen Gewerkschaften eröffnet wurde, fand ihren begeisterten und erhebenden Ausklang im Gelang des Deutschlandliedes.

richtet sich die Deutsch-Dänische Wirtschaftsvereinigung in Berlin an die Reichsregierung. Sie weist darauf hin, daß die deutschen Maßnahmen in ihrem Wirtschaftsgebiet Schritt machen die für England bedeuten.

Die Rückflüsse aus den Hauszinssteuerdarlehen. Der stellvertretende Staatssekretär des preussischen Wohlfahrtsministers hat auf eine Anfrage eines Landtagsabgeordneten nach Verwendung der Rückflüsse aus den Hauszinssteuerdarlehen folgendes geantwortet:

Die Rückflüsse (Zins- und Tilgungsleistungen) aus den seit 1924 dem staatlichen Neubauanteil am Hauszinssteuerentkommen entnommenen Hauszinssteuerhypotheken werden im Haushalt des Ministeriums für Volkswirtschaft alljährlich nachgewiesen. Für 1932 handelt es sich im ganzen um 17,62 Mill. Reichsmark. Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind diese sogenannten Rückflüsse wieder für Zwecke der Wohnungswirtschaft zu verwenden. Demzufolge werden aus den bereitgestellten Beträgen gebet: 1. die dem Staate obliegenden rechtsverbindlichen Verpflichtungen aus Wohnungsbauleihen zur Förderung der landwirtschaftlichen Neufeldung, zur Vergütung von Arbeitgeberdarlehen für Staatsbedienstete usw.; 2. die zur Ausbuchtung von Hauszinssteuerhypotheken aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds bei Zwangsversteigerungen und zur Verhinderung solcher Zwangsversteigerungen erforderlichen Beträge (seit 1924 sind für diesen Zweck insgesamt nur rd. 4,8 Mill. oder 1/2 Prozent des ausgegebenen Kapitals bereitgestellt worden). Im ganzen werden für die vom Staat zu erfüllenden Verpflichtungen im Rechnungsjahre 1932 voraussichtlich etwa 10 Mill. benötigt. Die weiteren Mittel konnten noch nicht zur entsprechenden Verwendung freigegeben werden. Unterstufungen an Baugewerkschaften sind nicht gewährt.

Berlin, 10. Okt. Für alle Autotreibstoffe tritt ab morgen eine Preiserhöhung um 2 Pfg. je Liter für das ganze Reichsgebiet in Kraft. Künftig werden z. B. in Berlin die Literpreise für Benzin 35 Pfg., für Gemischte 39 Pfg. und für Benzol 46 Pfg. betragen. Für Hamburg lauten die entsprechenden Preise 34, 38 und 45 Pfg. für Breslau und München 38, 42 und 48 Pfg. und für Köln 37, 41 und 47 Pfg.

Aus Welt und Leben.

Hilfsleistung für v. Gronau ist gesichert

Manila, 10. Okt. Bei der Funkstation Manila ging ein Funkpruch von Gronau ein, in dem er mitteilt, daß der Dampfer „Caragola“ ihm die gewünschte Hilfsleistung bringen werde. Voraussichtlich wird das Flugboot nach Mergui eingeschleppt werden. Es dürfte mit einer mehrstägigen Unterbrechung des Fluges für die Reparatur des defekten

49 Zuschauer eines Fußballwettkampfs verletzt

Messina, 10. Okt. Ein schwerer Unfall ereignete sich hier gestern bei einem Fußballwettkampf im neuen Stadion. Zahlreiche Zuschauer hatten sich auf den Dächern der an das Stadion grenzende Gebäude eingefunden, um dem Spiel beizuwohnen. Plötzlich stürzte ein Schuppen ein, auf dem sich etwa 250 Personen befanden. 49 Personen wurden verletzt, sechs von ihnen schwer.

Sprengstoffanschlag gegen eine Kirche

Aschaffenburg, 10. Okt. Der bereits im Mauerwerk fertiggestellte 20 Meter hohe Turm der neuen evangelischen Paulus-Kirche war am 6. d. Mts. eingestürzt.

Wie die „Aschaffener Zeitung“ jetzt meldet, ist heute vormittag bei den Aufräumarbeiten eine Stelle entdeckt worden, an der eine Sprengstoffladung angebracht war. Man fand noch ein Stück unverbrauchte Zündschnur sowie Sprengklappen.

Dr. Goebbels wird in einer deutschnationalen Versammlung sprechen

Berlin, 10. Okt. Auf die Aufforderung Dr. Goebbels zu einer öffentlichen Diskussion hat die Geschäftsstelle der DNVP geantwortet, daß Dr. Goebbels in einer deutschnationalen Versammlung das Wort als Diskussionsredner erteilt werden wird.

Abtuz eines Förderkorbs

Leipzig, 10. Okt. In einem heißen Bergwerk ist ein Förderkorb mit Kisten abgestürzt. Man befürchtet, daß 15 Personen getötet wurden.

Wetterausblick.

Das fast ganz Europa bedeckende Tiefdrucksystem ist in zahlreiche Teilströme zerfallen. Der Witterungscharakter bleibt unbeständig.

Vorherlage bis Mittwoch: Unbeständig, trüb, Regen, Nebel.

Streiflichter der Wirtschaft.

Die DD-Bank zur wirtschaftlichen Lage. Der Oktober-Bericht der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft meint, daß der günstige Stimmungsumschwung in der Beurteilung der weltwirtschaftlichen Entwicklungsaussichten angehalten habe. Verheißungsvolle Anzeichen, wie die weitere Festigkeit an den internationalen Rohstoffmärkten und verschiedene andere Tatsachen bestärken in der Meinung, daß der Tiefpunkt der Krise überwunden ist. Deutlich sind z. B. die Anzeichen einer Besserung der Industrie und Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten. Auch in Deutschland, so glaubt der Bericht, fagen zu dürfen, nimmt die Auffassung immer mehr zu, daß die kritischen Punkte überwunden sind. Der Bericht betont weiter, daß die Wiedereinstellung aller brachliegenden Kräfte nur ein Exportproblem sei, solange in Deutschland fast 10 Millionen Menschen nur von der Ausfuhr leben. Infolge der autarkischen Bestrebungen in der Weltwirtschaft wird mit einem starken Abwärtsschlag der deutschen Ausfuhrzahlen in der nächsten Zeit kaum zu rechnen sein. Der in Lausanne erreichte Lösung des Reparationsproblems muß ebenfalls Bedeutung in der kommenden Entwicklung zu messen werden. Da nach jahrelangem Abstieg die deutsche Wirtschaftstätigkeit durch einen Stillstand gekennzeichnet ist, kommt es darauf an, die Unternehmungslust von der psychologischen Seite zu beleben. Der Bericht mahnt, bei der Kontingentierung landwirtschaftlicher Produkte vorsichtig zu prüfen, ob der dabei

herauspringende Nutzen für die Landwirtschaft in etwa die Schädigungen für den deutschen Außenhandel ausgleicht.

Warnende Stimmen zur Kontingentierungspolitik. Mehrere wirtschaftliche und industrielle Vereinigungen haben sich warnend an die Reichsregierung gewandt, indem sie auf das große Risiko der Kontingentierungspolitik für den deutschen Handel hinweisen. So richtete der Zweigverband der niederheinischen Industrie- und Handelskammern an den Reichskanzler ein Telegramm, in dem er darauf hinweist, daß der Optimismus, der sich in den rheinisch-westfälischen Wirtschaftskreisen Bahn gebrochen habe, durch die Maßnahme der Reichsregierung wieder stark gelähmt werde. Gerade im niederheinischen Industriegebiet würde durch die Gefahr der Ablehnung der deutschen Produkte im Ausland die Gefahr der Arbeitslosigkeit riesengroß. Auch könne die Landwirtschaft, deren Not anerkannt werde, kein Interesse daran haben, daß die Kaufkraft des stärksten Verbrauchergebietes in Deutschland noch weiter geschwächt werde. Ein Telegramm der Industrie- und Handelskammern für Eisen und Stahlwaren, Köln, an das Reichswirtschaftsministerium weist auf die schweren Schäden hin, die bereits durch die Einstellung der holländischen Wirtschaft zur deutschen Kontingentierungspolitik zu verzeichnen sind. In einer ähnlichen Eingabe

Antwort der Reichsregierung.

Der Vertreter der Reichsregierung,

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner, bestritt das Vorliegen eines Abkommens zwischen Papen und Hitler über die Preußen-Aktion. Er führte u. a. weiter aus:

Die objektive Sachlage, die das Vorgehen des Reiches durch die Verordnung vom 20. Juli notwendig gemacht hat, ist in erster Linie durch die blutigen Unruhen des Sommers 1932 gekennzeichnet. In der Presse wurde allgemein bereits von einem Zustande des Bürgerkrieges gesprochen. Diese Gefahrenlage, die am stärksten in Preußen hervortrat, wurde für dieses Land durch das Verhalten und die parteipolitische Lage der damaligen geschäftsführenden Preussischen Regierung erheblich gesteigert. An der Staatsfeindschaft der kommunistischen Partei — das kann ich wohl ohne jeden Zweifel aussprechen — ist nicht zu zweifeln. Gerade aber diese Partei konnte vermuten, daß die damalige Preussische Regierung aus parlamentarisch-taktischen, wie aus anderen Gründen, gegen die Kommunisten nicht mit letzter Entschiedenheit vorgehen werde, sondern sich die Möglichkeit einer gemeinsamen Front gegen den Nationalsozialismus offenhalte.

Ich erinnere an die Rede, die der damalige aktive Berliner Polizeipräsident Grzeinski am 26. Juni 1932 in Magdeburg gehalten hat, in der wörtlich gesagt wurde: „Sozialdemokraten und Kommunisten sollten sich an keiner Stelle Schwierigkeiten bereiten.“ Ich darf weiter an die von Grzeinski vorgenommene Ausstattung einer Reihe von Organisationen seiner Partei und auch einer kommunistischen Organisation mit Waffen erinnern. Ich erinnere weiter an die Vorgänge, die sich an das Verbot des Vorwärts angeschlossen. Es muß festgestellt werden, daß in der Haltung des preussischen Innenministers ein Akt lag, der mit seiner Beamtenstellung nicht vereinbar war. Aber schon am 14. Juli rief derselbe Minister in einer öffentlichen Versammlung in den Tennishallen in Berlin: „Jagen wir am 31. Juli die Regierung von Papen und ihre nationalsozialistischen Helfershelfer davon.“ Eine derartige Erklärung eines amtierenden preussischen Ministers gegen eine amtierende Reichsregierung ist unbedingt eine Maßnahme, die in keiner Weise mit seiner Beamtenstellung vereinbar ist.

Gleichzeitig erhielt die Reichsregierung aus vertrauenswürdiger Quelle Kenntnis von geheimen Verhandlungen zwischen dem preussischen Innenministerium und kommunistischen Führern. Inhalt dieser Verhandlungen waren Bedingungen und Gegenleistungen für die Förderung und Begünstigung der kommunistischen Partei. Das Bekanntwerden dieser Tatsache, deren Richtigkeit sich später in vollem Umfange bestätigt hat, offenbart bei der geschilderten politischen Gesamtlage, die gerade in diesen Tagen durch das Blutbad in Altona der ganzen Welt kurz vor Augen geführt wurde, eine so brennende Gefahr für das deutsche Reich, daß nunmehr ohne jedes Zögern von der Befugnis Gebrauch gemacht werden mußte, die Artikel 48 der Reichsverfassung für Fälle dieser Art in die Hand zu geben.

Professor Heller, der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, brachte einen Antrag ein, der darin soll, daß die Reichsregierung bei ihrem Vorgehen gegen Preußen sich nicht nur auf Artikel 48 stütze, sondern daß Abmachungen mit den Nationalsozialisten darüber bestanden hätten, die dieses Vorgehen erforderten. Als Zeugen benannte die preussische Regierung für diese Fragen den Reichskanzler von Papen, ferner Adolf Hitler und Herrn von Gleichen.

Gottheiner deutete an: Es sei Tatsache, daß die sämtlichen ihres Amtes enthobenen Minister ihre vollen Befugnisse weiterverhätten. Tatsache sei es auch, daß Ministerpräsident Brauns jedenfalls auf diesen Umstand sehr großen Wert gelegt habe, denn er habe sich sehr bald nach der Enthebung vom Amte nach dieser Frage erkundigt und sich sehr befriedigt erklärt, als ihm die Antwort gegeben wurde, daß er seine Befugnisse weiterverhätten würde. (Ministerialdirektor Dr. Brecht versucht erregt zu unterbrechen, wird aber vom Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß Zwiesgespräche nicht statthaft seien).

Zum Schluß erklärt Ministerialdirektor Gottheiner, Minister Seevering habe die Sachlage, die der Reichsregierung Veranlassung zu ihrem Vorgehen gegeben habe, genau so beurteilt wie die Reichsregierung selber.

Präsident Bumke: Ich weiß nicht, wie weit die Bemerkung über die Gehaltsfrage des preussischen Ministerpräsidenten über die rechtlichen Fragen, die uns hier allein berühren, von Bedeutung sein könnte. Ich kann es zwar nicht hindern, wenn jetzt darauf geantwortet wird, habe aber den Eindruck, daß wir bei Erörterung dieses Punktes uns von der rechtlichen Frage entfernen und unsere Verhandlungen nicht fördern.

Prof. Heller-Frankfurt a.M., der Vertreter

der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, ersucht den Ministerialdirektor Gottheiner, den Brief vorzulegen, worin der Ministerpräsident Brauns sich befriedigt über seine Gehaltsregelung ausgesprochen habe und diese Frage als wesentlichsten Punkt der ganzen Sache bezeichnet werden solle.

Hierauf äußert sich für die Vertreter der Reichsregierung Prof. Schmitt. Er sagt, bei den Vorgängen vom 20. Juli seien zwei Bestandteile zu unterscheiden, die sich gleichzeitig ergaben, und zwar eine Bürgerkriegslage, in der sich Parteien gegenüberstanden, und eine Konfliktslage, in der sich zwei Regierungen gegenüberstanden. Als die Reichsregierung die Nationalsozialisten anders behandelte als die Kommunisten, sei es ihr nicht darauf angekommen, „mit den Wölfen zu heulen“, sondern darauf, gerecht und objektiv zu sein gegenüber einer Willkürbewegung, für die es eine Beileidigung darstelle, wenn man sie mit der kommunistischen Partei gleichstelle.

In seiner weiteren Replik hielt Ministerialdirektor Dr. Brecht gegenüber den Ausführungen des Ministerialdirektors Gottheiner seine Behauptung aufrecht, daß bei den Besprechungen zwischen v. Papen und den Nationalsozialisten auch das Vorgehen gegen Preußen zum Gegenstand der Abmachungen gemacht worden sei. Die heute von Ministerialdirektor Gottheiner neu aufgestellte Behauptung, daß Minister Seevering selbst die Bestellung des Reichskommissars gefordert habe, erklärte Dr. Brecht für völlig unglaubhaft.

Der Vorsitzende teile an, das Tatsachenmaterial, das dem Staatsgerichtshof in Schriftsätzen und Anlagen in reichem Maße zugeleitet worden sei, für genügend erörtert zu erklären.

Prof. Peters-Berlin, der Vertreter der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages führt aus, am Abend des 20. Juli habe Minister Grzeinski ihm erklärt, daß er keinesfalls arundtätiglich Verhandlungen mit dem Reichskanzler abgelehnt hätte, sondern nur die Einladung wegen der Form, als ob sie von einem preussischen Ministerpräsidenten ausgegangen wäre, hätte ablehnen müssen. Prof. Peters ergeht sich dann in staatsrechtlichen Betrachtungen allgemeiner Art, in denen er insbesondere gegen frühere wissenschaftliche Ausführungen Prof. Schmitts polemisiert, was den Präsidenten veranlaßt, von einem Gelehrtenstreit zu sprechen, der beendet werden möge.

Ministerialdirektor Badt bezeichnet als die wichtigste Tatsache der heutigen Verhandlung die konkrete Bestätigung, daß Seevering im Juni d. J. selbst die Einsetzung eines Reichskommissars verlangt haben solle. Er könne aber einen konkreten Gegenbeweis dagegen bringen. Dr. Badt verlas ein Dokument, das Seevering am 6. Juli unterzeichnete und worin er sich grundsätzlich über die Frage des Reichskommissars für Preußen äußerte, daß die Einsetzung eines

Reichskommissars in Preußen nach Art. 48 der Verfassung nicht zu rechtfertigen sei. Die Behauptung der Reichsvertreter sei demnach zwar neu, aber unrichtig.

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner: Ich muß erklären, daß ich meine Behauptung aufrechterhalte. Vorgänge im Innern eines Ministeriums sind nicht so bedeutungsvoll wie nach außen abgegebene Erklärungen. So hat Seevering auch am 20. Juli erklärt, er werde nur der Gewalt weichen. Aber er hat nachher mit Vertretern der kommunistischen Regierung das Maß der Anwendung der Gewalt vereinbart (Unruhe bei den preussischen Vertretern).

Ministerialdirektor Dr. Brecht meint, es wäre am zweckmäßigsten, morgen schon den Minister Seevering und Freiherrn von Gahl zu dieser Angelegenheit zu hören.

Die weitere Erörterung ergibt schließlich, daß der Gedanke zwischen Preußen und dem Reich einmal behandelt wurde, ob man nicht den Zustand beseitigen könne, daß in Norddeutschland in verschiedenen aneinandergrenzenden Ländern die Polizei einmal von einem sozialdemokratischen und einmal von einem nationalsozialistischen Minister geführt werde. Da könne der Gedanke der Einsetzung eines Polizeikommissars für Norddeutschland einmal erwogen worden sein.

Nach mehr als siebenstündiger Dauer wurde die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Berlin, 11. Okt. Minister Seevering hat einem Vertreter der Vossischen Zeitung gegenüber mit Bezug auf die Ausführungen des Ministerialdirektors Dr. Gottheiner, daß er dem Reichsinnenminister von Gahl die Einsetzung eines Reichskommissars selbst empfahlen habe, folgendes erklärt:

„Ich habe niemals Herrn von Gahl zu der Einsetzung eines Reichskommissars ermuntert. Ich habe ihm in einem Gespräch lediglich gesagt, daß ich mir sehr wohl denken könne, daß nach den Reichstagswahlen die Zeit reif sein werde, um jenen Plan der Verwirklichung näher zu bringen, der im Sommer 1931 zwischen Ministerpräsident Brauns und Reichskanzler Brüning erörtert worden ist. In einer Personalunion zwischen Reich und Preußen eine Zusammenlegung der Ministerien herbeizuführen. Ich habe aber andererseits im Gegenteil dringend gebeten, nicht ohne gesetzliche Grundlage einen Reichskommissar einzusetzen.“

Ich habe späterhin auch eine öffentliche Erklärung über mein Gespräch mit Herrn von Gahl veröffentlicht, als Gerüchte im Gange waren, daß das Reichsinnenministerium die preussische Polizei auf das Reich übernehmen wolle. Ich habe Herrn von Gahl gefragt, ob er die Quelle dieser Gerüchte kenne. Herr von Gahl hat damals verneint und dabei sich noch auf meine Erklärung berufen, daß die preussische Polizei fest in der Hand der Regierung sei. Ein anderes Gespräch über die Einsetzung des Reichskommissars habe ich mit Herrn von Gahl nicht gehabt.“

Der Wirrwarr um London.

Frankreichs zwiespältige Haltung — Herriot kommt am Mittwoch nach London — Warum wird die deutsche Antwort nicht veröffentlicht? — Neumütige Rückkehr zu Brüning'schen Methoden?

Man kann nicht verneinen, daß er etwas Lichter geworden sei in dem Durchgang, das um die Londoner Konferenz entstanden ist. Nach wie vor hat man den peinlichen Eindruck, daß Frankreich mit allen Mitteln versucht, das Zustandekommen dieser Sonderkonferenz zu verhindern. Der kluge Herriot wird das natürlich nicht offen tun, sondern sein Ziel auf Umwegen zu erreichen suchen. Bezeichnend ist es, daß bisher noch keine offizielle Zusage aus Paris schriftlich vorliegt. Allerdings auch keine Absage. Und so schaut man denn zunächst auf die bevorstehende Zusammenkunft zwischen MacDonald und Herriot. Wie das Havas-Büro aus Paris meldet, wird Herriot morgen von Paris abfahren, um am Donnerstag dann in London mit MacDonald zu konferieren. Diese Besprechung unter vier Augen ist Herriot natürlich außerordentlich willkommen. Sie wird ihm nicht nur Gelegenheit geben, in vertraulicher Aussprache den britischen Standpunkt genauer kennenzulernen, sondern auch, diesem nach seinen Wünschen zu beeinflussen. Wir wissen aus Erfahrung, wie teuer uns solche englisch-französische Verständigungen vor einer gemeinsamen Konferenz schon oft zu stehen kam. Man hat diese Bedenken auch sowohl in Deutschland wie in Italien bereits geäußert. Durch das offiziöse Reuters-Büro sucht die britische Regierung diese Besorgnisse zu zerstreuen, indem sie erklärt, daß diese beiden Länder ja

bereits von der Vergangenheit einer Konferenz überzeugt seien. Die Einladung an Herriot bezwecke ja nur, auch in Frankreich diese Überzeugung hervorzuheben, um nach Möglichkeit alle Schwierigkeiten der Konferenz vorher auszuräumen.

Deutschland hat gerade der englischen Regierung und ihrer Einladung gegenüber genug Entgegenkommen gezeigt. Die deutsche Regierung hat sich sogar nicht einmal mehr auf ihre Forderung der vorherigen Ausräumung der Gleichberechtigung versteift, sondern anerkannt, daß diese Frage erst in London zu prüfen und zu entscheiden sei. Um so mehr muß es verwundern, daß entgegen der ersten offiziellen Ankündigung die deutsche Antwort nicht veröffentlicht worden ist und was ebenso Erstaunen hervorruft, eine Veröffentlichung auch nicht in Aussicht genommen ist. Die Art der Unterdrückung der deutschen Öffentlichkeit ist allerdings — und da geben wir der „Täglichen Rundschau“, die doch der Regierung nahesteht, vollauf recht, — sehr merkwürdig.

Das Blatt selbst knüpft an diese nicht erfolgte Veröffentlichung folgende Betrachtung:

„Wir wollen nicht hoffen, daß die Antwort in dem Bestreben, bei einem etwaigen Scheitern des Konferenz-Planes Deutschlands Unschuld zu fantatisieren, so viel Entgegenkommen zeigt, daß man in der Regierung die Kritik der deutschen Öffentlichkeit fürchtet. Die

offiziellen Inhaltsangaben sind absichtlich so farblos gehalten, daß sich sichere Schlüsse auf den wirklichen Inhalt nicht ziehen lassen und für Vermutungen jeder denkbare Raum bleibt.“ Das Blatt fährt dann weiter in seiner Kritik an der Haltung der deutschen Regierung fort: „Konferenzen werden meist vor ihrem offiziellen Beginn entschieden und wenn man die hemmungslos französische Aktivität dieser Tage mit der halb ängstlichen, halb taktisch-optimistischen Haltung der offiziellen deutschen Stellen vergleicht, wird man die Befürchtung nicht los, daß die einzigen Menschen, die wirklich an die sogenannte „Auskehrungslosigkeit“ der geplanten Londoner Aussprache glauben, in Deutschland leben.“

Das sagt, wie betont ein Blatt, das der Regierung nahesteht. Wir würden es nur begreifen können, wenn die Regierung Papen endlich von ihrer anfänglichen Methode einer gewissen Kuratorkriegspolitik, wie sie sie im Innern auch an den Tag legte, auf dem Gebiete der Außenpolitik wenigstens verzieht. Wir können keine Außenpolitik machen, um innerer Erfolge wegen, das scheint nach diesen kritischen Auslassungen der „Täglichen Rundschau“ auch diese Regierung Papen also endlich eingesehen zu haben, und sich nun auch zu der Brüning'schen Methode: Schritt für Schritt entschieden zu haben.

Kanzlerreise nach München.

Berlin, 10. Okt. Reichskanzler von Papen ist zu einem Staatsbesuch nach München abgereist. In diese Reise scheint die Reichsregierung große Hoffnungen zu knüpfen. Denn nur so läßt sich das große Aufgebot von Regierungsvertretern erklären, das den Kanzler auf dieser Reise begleitet. Jetzt verlautet sogar, daß auch der Reichsaußenminister von seinem Urlaub in Württemberg in München eintreffen werde.

Jedenfalls scheint man sich in den Kreisen der Reichsregierung sehr viel von dem Münchener Besuch zu versprechen. Es soll ja vor allem bei dieser Gelegenheit, die Stellungnahme der bayerischen Regierung zu den Reformvorschlüssen der Reichsregierung sowohl was die Reichsreform als auch was die Verwaltungsreform anlangt, erkundet werden.

Mit einem festen Entschluß geht der Kanzler, wie wir hören, nicht nach München. Er wird vielmehr der bayerischen Regierung konkrete Vorschläge machen und ihre Ansicht zu diesen Vorschlägen hören. Erst dann will man in Berlin in den zukünftigen Reflexen die notwendigen Entwürfe anarbeiten. Jedenfalls scheint man in Regierungskreisen sich sehr guten Erfolg von dieser Münchener Reise zu versprechen und der Hoffnung zu sein, daß man mit Bayern zu einem guten Einverständnis erzielen kann.

Der Kanzler beschäftigt späterhin in ähnlicher Weise auch mit den anderen süddeutschen Regierungen. Fühlung zu nehmen, kommt, wie man in Berliner maßgebenden Kreisen anzunehmen scheint, eine derartige Verständigung mit Bayern und den anderen süddeutschen Ländern zu stande, dann wäre nach Ansicht führender Kreise auch die verfassungsmäßige Durchführung dieser Reformpläne stärker gewährleistet.

Kein Strafverfahren gegen Dr. Weik und Seimannsberg.

Berlin, 10. Okt. Die Strafkammer des Landgerichtes 1 hat die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den ehemaligen Polizeipräsidenten Dr. Weik und den früheren Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Oberst Seimannsberg, gegen die die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Nichtbefolgen der Anordnungen des Militärbefehlshabers, General von Rundstedt, erhoben hatte, abgelehnt.

Die Bluttat in Lohrsdorf.

Bad Neuenahr, 10. Okt. Die Ermittlungen der Mordkommission Koblenz und der Staatsanwaltschaft in Lohrsdorf nach den Urhebern der furchtbaren Schlägerei, bei der ein Bauersohn getötet, einer schwer verletzt und zwei weitere leichter verwundet wurden, sind auf einen toten Punkt angelangt. Den Beamten gelang es trotz stundenlanger Vernehmungen bis in die frühen Morgenstunden des Montag nicht, die Vorgänge einwandfrei zu klären. Während Dorfbewohner behaupten, von der etwa 15 Mann starken nat.-soz. Fahrradgruppe angefallen worden zu sein, erklären die Nationalsozialisten das Gegenteil. Jedenfalls ist bisher von keiner Seite der Gegenbeweis erbracht worden. Auf Grund dieses Ermittlungsergebnisses mußten die festgenommenen Nationalsozialisten Sonntagabend auf freien Fuß gesetzt werden.

Wirtschaftsrevolution gegen das Gold!

Witz von Anton F. Ziffer.

Wir sahen in der Halle jenes großen Berliner Hotels, in dem alle amerikanischen Bankiers ihr Hauptquartier aufschlugen, wenn sie in Europa sind.

Da waren Cole und Hart und Barmer, der Amerikaner. Wir sprachen von Geld. Waren eben von einem Besuch der Leumawerke zurückgekommen, dieser gewaltigsten chemischen Fabrik der Erde, diesem berühmtesten und dabei unbekannten Werk Deutschlands. Ein uns gigantische gewachsene Laboratorium, das Tag und Nacht Lastzüge voll Kunstdünger aus Luft herstellt und endlose Reihen von Rüsternwagen mit Benzin vollpumpt, das aus minderwertigen Kohlen stammt. Diese deutsche Fabrik, deren Grundstein erst 1917 gelegt wurde, könnte heute Deutschlands Bedarf an wichtigen Erzeugnissen decken, könnte viele Millionen im Jahr ersparen helfen. ... wenn Geld da wäre, das Fabrikations-System auszubauen.

„Ueberall dasselbe Lied“, sagte Cole. „Geld ist für großartige Fortschritte nicht zu haben und verkauft in den Kellern von ein paar Banken. Die ganze Geldwirtschaft der Welt ist durcheinander. Ich glaube, nur ein ganz großer Betrüger könnte sie wieder in Ordnung bringen, einer, der imstande wäre, das ganze Gold der Bank von Frankreich zu stehlen, ohne das es jemand merkte. Das Gold ist doch tot ... wenn die ganze Welt glaubt, es liege noch in Paris ... und wenn gleichzeitig dieses Gold in Berlin oder London, in New York oder Wien arbeiten könnte ...“

Barmer, der amerikanische Bankier hörte zu, er lächelte. „Wie viele Pläne ich doch in den letzten Jahren anhörte!“ sagte er. „Wie viele Versuche, diesen götzen Geld vom Thron zu stürzen, die eingebildete Macht des Goldes zu zerstören.“

Und er erzählte uns schließlich die Geschichte jener „Verschwörung gegen das Geld“, die um ein Haar die Welt ins Wanken gebracht hätte.

„Als ich von der Sache hörte“, begann Barmer, „da war sie schon technisch durchgearbeitet und reif zur Ausführung. Wir sahen in Charbin und warteten, bis die von Fliegerbomben zerstörte Ostchinesische Bahn wieder in Ordnung gebracht sei, bis wir weiter nach Schanghai fahren könnten. In Charbin ist immer was los, aber immer das gleiche: Spionage, Fälschungen, Kampf der Wehrkräften gegen die Chinesen. An jenem Abend hatten sie ein paar berühmte Fälschmänner ausgehoben. Geldfälschen ist technisch heute ohne weiteres möglich. Man kann alle Banknoten der Welt unerkennbar nachmachen ... nur es lohnt sich nicht. Die Leute in Charbin hatten russisches Geld gefälscht. So gut, daß keine Bank die Fälschungen erkannte. Erst durch die gleichen Nummern wurde das Verbrechen entdeckt.“

„Man kann trotz der Nummern Millionen Banknoten fälschen“, hatte damals ein Mann behauptet, den die Welt als Inbegriff des erfolgreichen Finanziers ansah. „Man kann Banknoten fälschen, beliebig viel, ohne Gefahr zu laufen, durch die Nummern verraten zu werden. Und bei Millionen lohnt es sich auch.“

Er hatte uns damals in Charbin auch erklärt, wie er es machen würde ... beispielsweise englische Pfundnoten zu fälschen. Würde sich eine Million Noten verschaffen, gewissenhaft und mühsam alle Nummern dieser Banknoten notieren, sie nach Serien ordnen und diese echten Nummern auf seine falschen Noten drucken. Würde die falschen Pfundscheine ausgegeben und die echten Noten im Stahlschrank behalten. Gewiß ... eine Arbeit von Jahren, aber eine völlig sichere Art, Millionen von Banknoten zu fälschen, ohne daß die Nummern den Täter verraten könnten. Technisch ist das alles sehr einfach. Es erfordert nur Geduld und — ein ungeheures Kapital.“

Wir nahmen das damals alle als einen Scherz, als das phantastische Auspinnen einer Idee. Der Mann, der diese gefährlichen Ideen aussprach, besaß ja Milliarden, er galt ja als einer der größten Unternehmer der Welt.

Ich hatte den Mann aus Charbin — nennen wir ihn Crook, der Einfachheit halber — ein Jahr lang nicht gesehen. Ich erfuhr nur, daß er scheinbar wahnsinnig geworden sei. Er spekulierte auf allen Börsen der Welt gegen das Pfund, er bedachte sich in einer Zeit, da Rohstoffe wertlos schienen, auf allen Warenmärkten mit ungeheuren Vorräten von Getreide und Silber, mit Kupfer und Eisen und Lebensmitteln ein.

Und dann ... ja, dann fand man ihn erschossen in seinem Londoner Büro, mit seinem Blut auf den Wänden, Bilanzen und Rechnungen rotend. Phantastisch hohe Zahlen, Notizen, die wahnsinnig schienen. Denn alle Spekulationen Crooks hatten sich gegen die solidesten Währungen der Welt gerichtet.

Nun, ich erinnere mich an das Gespräch in Charbin. Ich wußte, daß einer dieser Meisterfälscher von damals aus dem Gefängnis entsprungen war, daß Crook selber

viel von Drucktechnik und Papierherstellung verstand. Es kam Glück dazu, und ich erfuhr die wahren Ursachen des Selbstmords. Nebst einigen offiziellen Persönlichkeiten, die schweigen mußten, bin ich wohl einer der wenigen, die nach dem Tode Crooks von der „Verschwörung gegen das Geld“ erfuhren.

Crook also hatte Millionen von Pfundnoten gefälscht und sie durch seine Banken und Makler vertreiben lassen. Kein Verdacht konnte entstehen, denn die Fälschungen waren meisterhaft, die falschen Noten trugen die Nummern der echten, die in Crooks Londoner Stahlkammer lagen. Wozu er Millionen ausgab, wenn er nur falsch gegen echt vertauschte, wenn er keinen Gewinn haben konnte, solange die echten Noten nicht in Umlauf kamen? Nun sie sollten ja in Umlauf kommen. Es war meisterhaft vorbereitet. Tausende von Agenten standen bereit, die — ohne zu wissen, um was es eigentlich ging — zur gleichen Stunde, am gleichen Tage in allen Hauptstädten und bei den verschiedensten Banken Noten vorlegen sollten, die völlig gleich, nicht voneinander zu unterscheiden waren und die gleichen Nummern trugen. Dieser Tag der Entdeckung seiner Fälschungen mußte eine Weltpanik hervorrufen. Dieser Tag, an dem echt nicht mehr von falsch zu unterscheiden war, mußte das Vertrauen zum Gelde zutiefst erschüttern. Panik ... Kursstürze ... damit hatte Crook gerechnet. Nicht an den falschen Noten wollte er verdienen, sondern an dem Zusammenbruch einer Währung.

Crook hatte zwei Jahre an diesem gigantischen Plan gearbeitet. Drei Menschen nur wußten von den Fälschungen. Es wäre alles gut gegangen ... Gut für Crook ...

Aber da war Professor Xaroz, der Mann, der in Charbin von Crook aus dem Gefängnis geholt worden war, der Mann, der vor ein paar Jahren jene weltberühmten Frankenfälschungen in Budapest leitete. Er schuf die Maschinen, er schuf die Gravuren, er erfand die falschen Farben, er ließ die automatischen Pressen laufen, er erfand einen Mechanismus, der das Aufdrucken der echten Nummern auf die falschen Scheine ganz einfach machte. Er glaubte, auch Crook opfere seine Millionen nur, um zu zeigen, daß Geld sei nichts, nur ein überlebter Begriff. Grundübel und Ursache alles Erdenelends. Der Professor wußte nichts von den Spekulationen, rechnete bloß mit einer Weltrevolution. Er durchschaute im letzten Augenblick Crooks wahre Absichten. Er erkannte, daß es sich um eine gigantische Währungsspekulation für diesen Bankier handelte, um nichts sonst. Xaroz hatte als einziger außer Crook Zutritt zu den Geldschranken ...

In der Nacht, die dem entscheidenden Schlag vorausging, brachte Xaroz Sauerstoffflaschen in die Bankräume. In jener Nacht zündete er elf Millionen echter Pfundnoten an, die in Paketen die Stahlregale bedeckten. Sie brannten in der mit Sauerstoff geschwängerten Luft wie Zunder ...

Als man die glühenden Tresortüren aufbrach, war nichts als seine, graue Asche in den Bankräumen zu finden. Papierasche, in die auch die Asche des größten Banknotenfälschers aller Zeiten verstaubt war, des Mannes, der mit dem Geld verbrannt war. Crook trug ein Geständnis nieder, bevor er sich erschoss. Man verschwieg es. Denn immerhin sind ja jetzt elf Millionen falscher Pfundnoten im Umlauf ... Und das bracht niemand zu wissen ...

Abgebrochene Unterhaltungen.

Fortsetzung von G. M. Deher.

Rappel geht mit seiner Geliebten spazieren. Kommt selten vor. Man ist ja schon zwanzig Jahre verheiratet.

Sitzt ein Bettler auf dem Bürgersteig, ein Plakat auf der Brust: „Blind!“

Wilhelmine Rappel hat ein gutes Herz — wenn es sich nicht gerade um ihren Mann handelt. Wirft dem Bettler einen halben Groschen in den Hut.

Der Bettler dankt: „Vergelt's Gott, schöne Frau.“

„Bleibt Frau Rappel stehen: „Du, woher weißt denn der das? Er ist doch blind.“

Mein Rappel: „Ja, eben deshalb. Sonst hätte er's doch nicht gesagt!“

Herr Kallmeyer schreibt einen Brief.

Sieht ihm seine Frau über die Schulter: „An wen denn? An Paul Hühnerbein. Warum schreibst Du „Persönlich zu öffnen“ auf den Umschlag?“

Sagt Herr Kallmeyer unschuldig: „Seine Frau soll ihn doch aufmachen.“

Herr Tränkel kommt sehr spät nach Hause. Riecht unten an der ersten Stufe als sorgfamer Chemann die Stiefel aus, stolpert trotzdem die Treppe hinauf. Zerkratzt sich irgendwie das Gesicht.

Leise schleicht sich der Wirt seiner guten Ehe in das Badezimmer. Knipst Licht an. Sieht sein zerkratztes Gesicht im Spiegel. Klebt Gipspflaster darauf.

Legt sich ins Bett, ohne seine bessere Hälfte zu wecken. Almet erleichtert auf: „Nacht gut gegangen.“

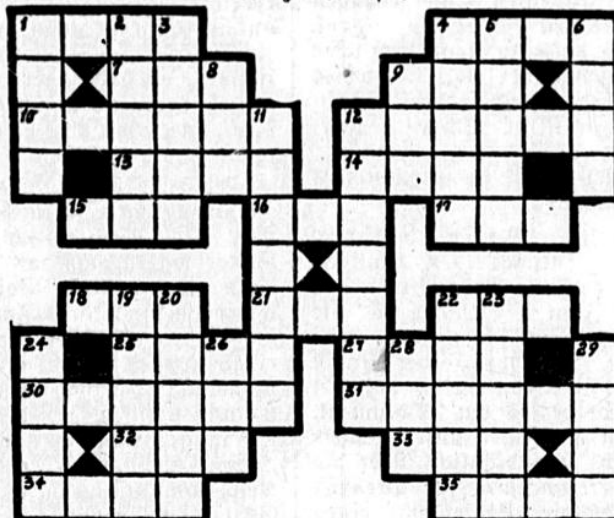
Sieht am nächsten Morgen seine Frau vor seinem Bett. Stützt die Arme in die Hüften. Grollt: „Du bist heute nacht betrunken gewesen!“

Beht sich Tränkel: „Weil ich gefallen bin? Nein, Schatz, Du irrst. Wie kommst Du nur auf den Gedanken?“

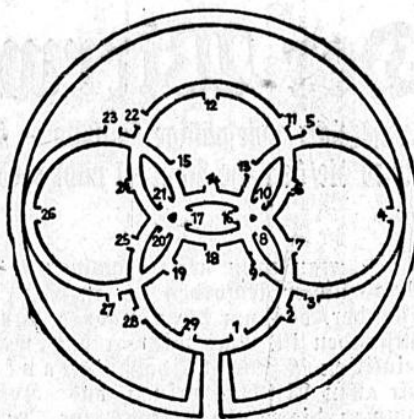
Lächelt die Geliebte unheimlich: „Dann hättest Du Dein Gesicht bepfählen müssen, Aber nicht den Spiegel im Badezimmer.“

Wer knackt die Nüsse?

Kreuzworträtsel.



Im Turm.



Die Wörter bezeichnen.

Waagerecht: 1. Ruhelager, 4. Brasilianischer Staat, 7. Soviel wie selten, 9. Hilferuf der Schiffe in Seenot, 10. Trichterförmige Öffnung von Vulkanen, 12. Stadt in USA, 13. Blutgefäß, 14. Weibl. Vorna-me, 15. Japanische Münze, 16. Alkoholisches Getränk, 17. Metall, 18. Kurort in Hessen-Rassau, 21. Hauseingang, 22. Klostervorstand, 25. Vorratskammer, 27. Altes Längemaß, 30. Britisch-indischer Vasallenstaat, 31. Stadt in der Lüneburger Heide, 32. Eng-lisches Bier, 33. Gewässer, 34. Fluß in Si-birien, 35. Fluß zur Nordsee.

Senkrecht: 1. Hafenstadt am Rapi-schen Meer, 2. Fluß zur Ostsee, 3. Gesche-nisse, 4. Lustspiel, 5. Herbstblume, 6. Fluß in Italien, 8. Nordlandtier, 9. Sonnengott, 11. Bootrennen, 12. Stadt in Britisch-Ind., 19. Kurort in Neu-Italien, 20. Teil des Priestergewandes, 22. Mit Bäumen bestan-dener Weg, 24. Frucht des Betseltrautes, 24. Bruder Rains, 26. Abschiedsgruß, 28. Schicksal, 29. Koranabschnitt.

Geographisches Städtepiel



Aus den obenstehenden 15 Stäbchen sind durch Zusammenstellen der Buchstaben:
a — a — e — e — e — i — i — i — i —
n — o — u — r — r — i — i — i — t —
t — u — u — j
Wörter von nachstehender Bedeutung zu bilden.

Jedes Wort ist in seinen Buchstaben-teilen aus allen 15 Stäbchen zusammenzusetzen.
1. Deffentliches Verkehrsunternehmen,
2. schweizer Nebenfluß des Rheins, 3. be-kannte Waldwiese am Vierwaldstättersee (Freiheitswiese), 4. Eiland, 5. Seehandels-stadt in Ägypten.

Die Anfangsbuchstaben der gefundenen Wörter ergeben eine europäische Hauptstadt.

Rätselsprung.



Denkungsprobe.



Zwei alpenländische Nachbargemeinden sind gemeinsamer Besitzer einer Berghalde, auf der sie zur Hebung des Fremdenverkehrs eine Stiprungschanze und eine Rodelbahn für auswärtige Winterportler bauen wol-len. Sie werfen dafür im Voranschlag einen gemeinsamen Kostenbetrag von zwanzigtau-send Mark aus. Zu diesem Gesamtbetrag steuert die größere Gemeinde zweitausendfünf-hundert Mark mehr bei als die andere, weil dies dem Bestanteil an der Berghalde ent-spricht. Infolgedessen ist nach diesem Anteil-schlüssel auch der Mehrkostenbetrag von zwölftausend Mark zu bezahlen, mit wel-chem bei der Fertigstellung der geplanten Bauten der ursprüngliche Kostenvoranschlag überhöht wird.

Wieviel hat jede der beiden Gemeinden an Mehrkosten nachzuzahlen?

Auflösungen der Rätsel aus der vorigen Woche

Kreuzworträtsel.

Waagerecht: 1. Ruban, 5. Harem, 8. Adana, 9. Soden, 11. Basel, 12. Me, 13. Ma, 15. Rino, 17. Ananas, 20. Dumas, 22. Samara, 24. Trab, 27. Me, 29. Ira, 30. Le-nin, 31. Peter, 33. Irene, 34. Minna, 35. Rante. — Senkrecht: 1. Rajaf, 2. Baden, 3. Ade, 4. Nana, 5. Habana, 6. Rajen, 7. Milos, 10. Oliva, 14. Damas, 16. Oba, 18. Mt, 19. Ware, 21. Urania, 22. Salem, 23. Manon, 25. Raten, 26. Barde, 28. Eber, 32. Ena.

Wabenrätsel.

1. Safran, 2. Reiber, 3. Heimat, 4. Mar-der, 5. Knappe, 6. Presse, 7. Statut, 8. Trefse, 9. Reptil, 10. Tefsin, 11. Stunde, 12. Nessel, 13. Maide, 14. Anilin, 15. Iedern, 16. Elegia.

Erwerrätsel.

„Gesundheit und ein froher Mut ist bes-ser als viel Geld und Gut.“

Begierkäse.

Bild rechts drehen.

Bilderrätsel.

Unter der Sonne geschieht nichts Neues.

W. Angelheim, 10. Okt. Vor dem Rathaus zu Nieder-Angelheim spielte sich ein eigentlicher Vorfall ab. Ein in wilder Ehe lebendes Zigeunerpaar hatte vor Wochen eines seiner fünf Kinder an ein kinderloses Ehepaar „verkauft“. Auf den Preis von sage und schreibe 20 Mk. war eine Anzahlung von 15 Mk. erfolgt. Der Restbetrag von 5 Mk. ließ aber auf sich warten, und die Mutter des Kindes holte schließlich ihr Kind wieder zurück. Daraufhin trat man vor dem Rathaus in Nieder-Angelheim zu einem neuen Kaufhandelt zusammen, der schließlich zu einer Einigung führte. Das kinderlose Ehepaar zahlte die restlichen 5 Mk. und sog dann mit dem Kinde, das die heraldische Mutter daraufhin herausgab, von bannen.

Brühl und Umgebung

Brühl, 11. Oktober.

Winterhilfe

Wir verweisen nochmals auf die heute abend 8 Uhr im städtischen Saale im Seminargebäude (1. Stock, Voreingang) stattfindende Besprechung zur Durchführung der diesjährigen Winterhilfe. Alle, die mithelfen wollen, die große Not, die allenthalben herrscht, zu lindern, sind herzlich willkommen.

Die andere Verfügung

Auf Seite 177 des Amtsblattes der Regierung in Köln vom 8. Oktober 1932 ist folgende Bekanntmachung erlassen: Der Herr Oberpräsident der Rheinprovinz hat unterm 29. September 1932 angeordnet, daß mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 das Amt Herfel des Landkreises Bonn aufgelöst wird, die Landgemeinden Urffeld, Widdig, Uedorf und Herfel des früheren Amtes Herfel in das Amt Badorf eingegliedert werden, Rechtsnachfolger des aufgelösten Amtes Herfel das Amt Badorf ist, die Landgemeinden Wesseling und Kellenich des früheren Amtes Herfel (Landkreis Bonn) in das Amt Brühl-Land des Landkreises Köln eingegliedert werden. Als Amtssitz des Bürgermeisters wird die Landgemeinde Wesseling bestimmt. Das Amt erhält den Namen „Amt Wesseling“.

50 Jahre Mitglied des Ordens der Armen Dienstmägde Christi

Am morgigen 12. Oktober kann die ehrwürdige Schwester Gottfrieda im hiesigen Marienhospital auf eine 50jährige Zugehörigkeit zu dem Orden der Armen Dienstmägde Christi zurückblicken. Sie wurde am 19. April 1849 als Tochter ehrbarer Eltern in Essen-Rellinghausen geboren und führte im weltlichen Leben den Namen Christine Möllner. Schon in ihrer frühen Jugend empfand sie eine große Liebe zu dem opfervollen Berufe der Schwestern, und so ging dann im Jahre 1877 ihr sehnlichster Wunsch in Erfüllung. Wegen des Kulturkampfes durften keine Kandidatinnen aufgenommen werden und so dauerte das Noviziat 5 Jahre. Erst am 12. Oktober 1882, wurde dann das 28jährige Mädchen nach langer gewissenhafter Vorbereitung zu dem Profeß zugelassen. Damit begann die Schwester Gottfrieda ein entgegengesetztes Leben. Sie wurde vom Mutterhaus aus nach verschiedenen Filialen versetzt und kam 1915 nach Brühl. Hier besorgte sie die Näh- und Glidarbeit für die Arbeiter des Hospitals, wie auch für die alten Leute, da sie ihres Alters wegen nicht mehr in der ihr so liebevollsten Krankenpflege tätig sein konnte. Ihre Nebenbe-

schäftigung bestand in der Sorge für die Missionen und die armen Diakonikerinnen, sowie die armen Priesterkandidaten. Sie sammelte fleißig Silberpapier, Staniol und Freimarken, was heute ihre Hauptbeschäftigung ist. Wie strahlt ihr gutes, durchfurchtes Antlitz, wenn sie hier und da noch nebenbei ein Scherlein für ihre Tätigkeit bekommt. Die freie Zeit nutzt sie aus mit eifrigem Gebet. Möge Gott, der Vergeltet alles Gute, sie für ihre Mühen eifrig belohnen! Zu dem Ehren- und Freundentage auch unsern herzlichsten Glückwunsch!

Statistisches aus Brühl-Land

Mit Ende September d. J. ist das Ständesamt Brühl-Land durch die Eingliederung der Gemeinden Badorf, Kierberg, Schwadorf und Bochem in die Stadt Brühl und Vereinigung der Gemeinde Verzdorf mit Wesseling aufgelöst worden. In der Zeit vom 1. Januar bis Ende September d. J. wurden bei Brühl-Land 166 Geburten beurkundet, davon 84 Knaben und 82 Mädchen. In demselben Zeitraum fanden 78 Eheschließungen statt. Es heirateten im Alter von 20 bis 25 Jahren 43 Männer und 49 Frauen, von 26 bis 30 21 Männer und 11 Frauen, von 31 bis 40 12 Männer und 4 Frauen, von 41 bis 50 1 Mann und 2 Frauen, über 50 Jahre 1 Mann. Unter 20 Jahren haben 12 Frauen den Schritt gewagt. Von den Eheschließungen fanden im gleichen Alter 6 Paare, in 66 Fällen war der Mann älter als die Frau, in 6 Fällen jünger. Die Frau mehr Jahre als der Mann. Dem Familienstand nach waren 69 Paare ledig, 6 ledige Frauen heirateten je einen Witwer, 2 ledige Männer je eine Witwe und ein verwitweter Mann eine geschiedene Frau. Nach dem Religionsbekenntnis verteilten sich die Eheschließungen auf 69 katholische und ein evangel. Paar. 5 kathol. Männer heirateten evangel. Frauen, 2 evangel. Männer kathol. Frauen und ein Dissident eine katholische Frau. Es starben im obengenannten Zeitraum 58 Personen und zwar 36 männliche und 22 weibliche. Außerdem wurden 3 Totgeburten beurkundet. Nach dem Lebensalter starben im Alter bis 2 Jahren 18, von 2 bis 5 Jahren 1, von 6 bis 20 2, von 21 bis 40 6, von 41 bis 60 7, von 61 bis 80 20 und über 80 Jahre 4 Personen. Als Todesursachen wurden auf Grund der ärztlichen Todesbescheinigungen festgestellt: In 4 Fällen angeborene Lebensschwäche, in einem Falle Abzehrung, 5 Personen starben an Altersschwäche, eine an Brechdurchfall, 4 wurden von der Tuberkulose hingerichtet, 6 starben an Krebs. Weitere Todesursachen waren: 1 mal Luftröhrenentzündung, 5 Lungenentzündung, 1 mal eine andere Lungenkrankheit, 8 Herzkrankheiten, 4 Gehirnkrankheiten, 1 Nierenleiden und 4 Krämpfe. 2 fielen Unglücksfällen zum Opfer.

Bei 11 Personen handelte es sich um andere Todesursachen.

× Städtische Berufsschule Brühl. Mit der am Sonntag in Brühl stattfindenden Tagung der Berufsberater ist eine Ausstellung von Arbeiten erwerbsloser junger Leute verbunden. Von ganz besonderem Interesse wird eine mehrere hundert Stück umfassende Holzsammlung für viele Besucher sein. Die Ausstellung ist geöffnet von Sonntag vormittag 11 Uhr bis nachmittags 5 Uhr.

Brühl-Badorf.

× Von der Schule. Die Regierung in Köln hat die Lehrerin Sibylla Seinsche von hier vom 1. Oktober d. J. ab in den Schulverband Köln versetzt. An ihre Stelle ist vom gleichen Zeitpunkt ab die Schulanfängerin Maria Deder aus Köln, getreten.

Brühl-Kierberg.

× Dienstjubiläum. Der Betriebsführer der Fabrik von Grubwert 2 Hans Marcussen, begehrt morgen, Mittwoch, das 25jährige Dienstjubiläum. Ein kräftiges „Glückauf“.

× Zülar: Wiederbetriebnahme einer Braunkohlengrube. Die in unserem Ort liegende Grube Donatus, die vor Monaten wegen Baues einer neuen Großraumförderung stillgelegt wurde, wird ihren Betrieb wieder eröffnen. Die Förderung ist fertiggestellt und seit einigen Tagen in Betrieb. Der Verband von Kohle ist bereits aufgenommen worden und soll die Versteigerung der Brücke am Montag, dem 17. Oktober, beginnen. Von der 440 Mann starken Belegschaft arbeiten augenblicklich 150 Arbeiter; etwa 240 Leute werden noch eingestellt, so daß sich die Gesamtbelegschaft gegen früher nur um rund 50 Mann verringert.

Briefkasten.

Hausfrau Brühl. Rezept zur Bereitung von Apfelsauce aus Apfelschalen und Kerngehäusen. 4 bis 5 Pfund Schalen und Kerngehäuse werden mit 2 Liter Wasser in einem möglichst breiten Topf auf Feuer gebracht und 15 bis 20 Minuten zugedeckt gründlich durchgekocht. Das Kochgut wird nun in ein Leinentuch gegeben, damit der Saft durchläuft. Von dem so gewonnenen Saft werden 1 1/2 Liter = 2 1/2 Pfund, aber keinesfalls mehr, mit 3 Pfund Zucker und nach Belieben mit einer Stange Vanille unter leichtem Rühren auf möglichst scharfer Flamme zum Kochen gebracht (abschäumen). Nachdem es durch und durch kochend kocht, läßt man 10 Minuten unter Rühren gründlich durchkochen, rührt nach Verlauf dieser Zeit 1 Normalflasche Spekt zu 86 Pf. und den Saft einer Zitrone in die kochende Masse, läßt nochmals 2 bis 3 Sekunden aufwallen, nimmt den Topf vom Feuer und füllt sofort in Gläser. — Dieses Apfelsauce bleibt gelb. Wünscht man eine rote Farbe, so nimmt man 1/2 Pfund Pflaftsäure weniger, aber dafür 1/2 Pfund Rind-, Himbeer-

oder Johannisbeersaft. Es ist aber darauf zu achten, daß zu jeder Kochung nicht mehr als 1 1/2 Liter = 2 1/2 Pfund Saft zur Verwendung gelangt. Nach Belieben kann man den Apfelschalen und Gehäusen die Schale einer Zitrone beifügen und diese mit auskochen.

Millionen Menschen in 40 Ländern der Welt trinken Kaffee Hag. — Auch Sie?

Sport

Sandball. T.V. Ehrenfeld 2. — Brühler Turnverein 1879 1. 0:1 (0:0). In dieser Mannschaft hatten die Brühler, wie vorauszusehen, einen harten und schnellen Gegner, der ihnen in der ersten Hälfte eine völlig ausgeglichene Partie lieferte. Die zweite Halbzeit sah jedoch wesentlich anders aus. Brühl drängte hier stark; der Erfolg blieb aber vorerst aus, denn die Himmelsmännchen Ehrenfelds arbeitete sehr geschickt und vor allem hart und hielt ihr Tor lange Zeit rein. Erst ein Freiwurf für Brühl am gegnerischen Strafraum, brachte das einzige Tor des Tages ein. Alle Anstrengungen Brühls, die Torhülle zu vergrößern, scheiterten an der vielarmigen Abwehr des Gegners. Gelegentliche Vorstöße der Ehrenfelder kamen selten über die Brühler Verteidigung hinaus, die wohl noch nie in dieser Form glänzte. Der Torwart hatte kaum Gelegenheit einzugreifen. Läuferreihe und Sturm waren ebenfalls in blendender Verfassung. Ehrenfeld stellte eine schnelle und harte Mannschaft, die es keinem Gegner leicht macht, besonders auf einem Plaze, ein Spiel erfolgreich zu beenden. — Brühls Turnmänner spielten in Nippes und unterlagen, schwach spielend, mit 4:1 (3:0). Da Nippes aber verspätet und unvollständig antrat, fallen die Punkte trotzdem an Brühl. — Die 2. Mannschaft verlor unter ihrer bisherigen Form spielend 6:0 (3:0).

Fr. 1. und Spielverein Brühl — T.S.V. Frechen 5:1. Auch in diesem Spiel konnte B. wieder einen schönen Sieg feiern. Sofort beim Anstoß legte Brühl mächtig los und in der 3. Minute schied der Halbrechte nach einer Linksflanke zum 1:0 ein. Zeitweise kommt Frechen schön vor, aber Verteidigung und Läuferreihe lassen keine Erfolge zu. Bis zur Halbzeit werden durch Halblinks und Mittelfürer noch 2 Tore geschossen. Nach der selben hat F. wenig zu bestellen, durch Selbsttor des linken Verteidigers wird die Torzahl auf 3:1 verringert. Durch geschicktes Abwehrtstellen der Verteidigung von Frechen, wird mancher Erfolg vereitelt, müssen sich aber bis Schluß noch 2 Tore gefallen lassen. Brühls Reserve schlug Frechen hoch mit 9:1 Toren.

Verantwortlich: Peter Becker, Brühl.
Rotationsdruck und Verlag „Brühler Zeitung“
Buchdruckerei P. Becker GmbH, Brühl.

Für die Beweise heraldischer Teilnahme beim Selbsteingabe unseres lieben Vaters sprechen wir hiermit dem Kam. Krieger-Verein, der Wandwerker-Vereinigung und der Nachbarschaft, sowie allen Bekannten für die schönen Kranzspenden unsern

tieftgefühlten Dank aus.
Jean Stetten u. Frau
Brühl im Oktober 1932.

Rheinische Markenmilch

geprüft und zugelassen durch das bakteriologische Institut der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz in Bonn. Die Milch untersteht dem tuberkulösen Tügelungs-Verfahren und der ständigen tierärztlichen Untersuchung. Empfehle hiermit die vorzügliche Kindermilch der verehrlichen Bürgerchaft von Brühl Stadt und Land.

Gutsmolkerei Rodderhof

Reichszuschüsse

Anträge und Erledigungen durch
Clemens Gödecke,

Brühl, Lohmühle 11, Fernruf: 23 60.

Kostenanschläge und Beratungen kostenlos.

Einmachkappus
Bentner Nr. 130.

Futtermöbel
ca. 60 Bentn. hat abzug.
Wingsdorf,
Alte Bonnstr. 15.

Kolzurmopolitur
u. s. Aufholieren von
Möbeln

Möbel - Zirkus, Brühl.

Kartoffeln
Oberländer

Industrie

Als bekannte gute Ware

Chr. Meyer, Brühl,
Wallstraße 82
Fernruf 2431.

**PROSPEKTE
PLAKATE
REISLISTEN**

LIEFERT BILLIGST

**BUCHDRUCKEREI
P. BECHER GmbH.**
BRÜHL, SCHLOSSTRASSE 23
FERNSPRECHER 21 08.

1 moderne
Etage-Wohnung
5 Zimmer, Badezimmer
und Küche evtl.
Mansardenzimmer zu
vermieten.
Steinweg 13-19.

Geräumige
Wohnung
2 Zimmer, Küche per 1.
1. Novemb. zu vermieten.
Gef. Angeb. unt. M 3
3065 a. b. Geschäftsstelle.

**Parterre-
Wohnung**
(3 Zimmer)
zu vermieten.
Kaiserstraße 99.

Kaiserstr. 7
Abgeschlossene sonnige
Wohnung
5-7 Räume, Bad, Zentralheizung, evtl. Garage
zu vermieten.
Bef. Kaiserstr. 1,
Fernruf 202.

1 Ladenlokal
mit
großem Büro- oder
Lagerraum etc. in der
Stadt gelegen billig zu
vermieten. — Dasselbe
eine erstklassige
Wohnung
3 Zimmer, Küche, Man-
tarbe, Balkon zu vermieten
Näheres in der Gesch. 41.

Abgeschlossene
II. Etage
3 Zimmer, Küche mit
Spind, Badezimmer, Bal-
kon. Mietpreis 60 Mk.
Anfr. an die Gesch. 42.

2 Zimmer-Wohnung
zu vermieten. Schwadorf,
Bonnstraße 400.

2 Zimmer
straßenwärts I. Etg. zu
vermieten. Pastoratstr. 19
zu besichtigen v. 8-6 Uhr

2 schöne Zimmer
per 1. November zu ver-
mieten.
Königsstraße 176

Vom 11. Oktober ab veranstalte ich im
Rahmen der
„Vobach - Mal - Kurse“
in meiner Wohnung
HERMANNSTRASSE 4
eine Ausstellung schöner hand- u. kunst-
gewerblicher Arbeiten, Stoff-, Oel- und
Aquarellmalereien, zum Teil Arbeiten von
Schülerinnen. Die Bewohner Brühls und
Umgebung ladet zu freudlichem Besuch
ergerbenst ein:
Wwe. FRIEDA SIEBEL
Besichtigung täglich von 14 Uhr ab

2 Zimmerwohnung
2 Etagen, Nähe Marktplatz
solort oder 1. November
zu vermieten.
Wallstraße 93.

Junges Ehepaar sucht
2 kleine Zimmer
od. auch Mansardenzimm.
Angeb. unter M 3068
an die Geschäftsstelle.

Junges ruh. Ehep. sucht
2 Zimmerwohnung
Schöne Wohngegend.
Ang. u. B. M 3067 a. b. Gesch.

Für die Anfertigung
von
**Fackeln
u. Lampions**
empfehle schwarzes
Tonpapier, sowie
Selden-, Transparent-
und Krepppapier in
vielen hübschen Farben.
Schneldefedern u. Klebstoff
Modelle für Fackeln in
vielen Mustern.

Hubert Bommes
Schreibwaren-Handlung
Ecke Uhl- u. Wallstr.

**Holländische
Erstlinge**
von Kleiboden,
das Beste vom Besten
empfehle:
**Kribben, Samenhand-
lung, Kierberg.**

Billigster Einbau
für bessere
gebrauchte Möbel.
Vorrätig:
5 kompl. schöne Küchen,
10 Waschkommoden mit
Marmor, Tische, Stühle,
Verzins, Damenschränke,
Kleiderbügel, 1, 2 u. 3 t. u. vieles an-
dere mehr

nur Wallstr. 28
(kein Laden)
Daher billiger Verkauf.

Saatkartoffeln
eingetroffen.
Holländ. Erstlinge
a und b (Kleiboden)
Erstlinge Odenwälder
Original Holtnieren,
Holländische Nieren,
Oberländer Speise.
Theo Vering,
Badorf, Fernruf 2794.

Eifel - Verein
Ortsgruppe Brühl

**Nachmittags-
Wanderung**
am Mittwoch, 12. Oktob.
Brühl — Altengeldorfer
Hof — Bochem — Brühl
Etwa 8 km.
Führung: G. Dieblich,
Abmarsch: 14.30 Uhr vor
der Ede Kaiser- und
Königsstraße.
Um rege Beteiligung
wird gebeten.

Monats-Versammlg.
am Freitag, 14. Oktober
„Heiterer
Kürten-
Abend“

Vortrag des Rheinischen
Schrittstellers R. P. Kür-
ten aus Birkesdorf bei
Düren.

Gäste zu beiden Veran-
staltungen willkommen!
Um regen Besuch bittet:
Der Vorstand.

Kartoffeln
zum Einkellern
zu verkaufen.
Frau Wwe. Wind
Mühlentstraße 37.

Sparen Sie nicht
die Kosten, die eine
kleine Anzeige ver-
ursacht. Die Ausga-
be macht sich bei Be-
nutzung der „Brühler
Zeitung“ als Inzer-
tionsorgan
gut bezahlt!



Simon Luffman sind' 14 du mit...

Urheberrecht: Herold-Verlag Homburg-Saar Roman von Hans Janson

Es ist ja auch wahr... sagte Jenny erblindend, als ihr Bruder lachte. Gebietet mir, dich zu warnen, fuhr Dom, heftig werdend fort. Ich dürfte nicht, daß du dich an einen Unmündigen wendest.

Buntes Allerlei.

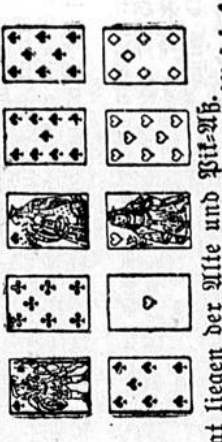
Der älteste Baum der Erde. Der älteste Baum der Erde, ja vermutlich das älteste Lebewesen überhaupt auf unserm Planeten, dürfte die große Zypresse in Schupitpep in Mexiko sein; der Stamm misst rund 40 Meter im Umfange, und das Alter des Baumes wird mit 6000 Jahren angegeben.

Unschätzbare Schlafmittel. Wenn man die Schlaflosigkeit auch nicht in allen Fällen wird beseitigen können, da ihre Ursache oft in Nervenaufständen zu suchen ist, so gibt es doch eine Menge Mittel, durch die man sie wenigstens abends ringern kann. Man hüte sich vor allem, besonders abends, vor Aufregung, vor zu langem Aufenthalt in geschlossenen Räumen, zu tiefer Kopflage, erstickenden, gestrigen Gerüchen, esse frühzeitig und nicht zuviel Abendbrot, arbeite sich gut aus und nehme, wenn möglich, täglich ein Bad.

Rätsel-Ged.

Unschätzbar und gering Schen' ich bestimmt zum Trennen, Doch wird mich keines Ding Niemand entbehren können. In müder Sommerluft Flieg' ich im Sonnenheine Und lach' nach Blumenstaub Auf Wiesen und im Haine.

Stat-Aufgabe. Vorhand hat im ganzen 19 Augen in der Hand und er Kart, als alles paßt, Ramisch, in der Hoffnung, Jüngler zu bleiben; anstatt dessen hängt sie aber den Ramisch mit folgenden Karten:



Im Stat liegen der Alte und Pitt-M. Wie müßten die übrigen Karten verteilt sein?

Ausföhrung aus letzter Nummer:

Logogriff: Kochen, Kogen. Silbenverteilung über rätsel: HAENDLER ARENE SEIDE RADZAHN SPANEN WEIDE ZUNGE

Buchkadenrätzel: Waldmännchenlöffel.

Mein Abreißkalender.

Es hat mich schon manche anstrengende Ueberlegung gefolgt, um die Frage zu lösen, welche geistigen Kräfte wohl am Werte sind, um die literarischen Redaktionen anzuheben. Am besten sind die literarischen Redaktionen doch die besten dieser unerschöpflichen Datumsangelegenheiten auf jedem der dreihundertfünfundsiebzig Blätter ein dem täglichen Leben. Sprichst du im hohen Alter mit dem täglichen Speisegeld, der die Hausfrau der besten Frage: Was hast du heute? entgegnet. Da ist es natürlich nicht so einfach, für jeden Geistes eines Dichters oder Denkers den passenden Baumstamm zu finden.

Mein Abreißkalendermann weiß ganz geschickt die kläffige Kacke mit der Kacke der leiblichen Abgang zu verbinden. So sagt er zum Beispiel: Dann mußt mit Ach du stets genießen. Schwammersuppe, Gefährliches mit grünen Erbsen, und an einer anderen Stelle: Die Wahrheit ist ein selten Kraut, Noch seltnere, wer es gut verdaut.

Nach können heißt es zwei Wochen später: Halte dich aus Schöne. Vom Schönen lebt das Gute im Menschen und seine Gesundheit. Reissuppe, Rinderbrust und Bratkarisoffeln. Auch vor dem Weitertragen über Gerüche - nicht Gerüche! - warnt mein Kalendermann: Häng' an die große Glocke nicht, Was jemand im Vertrauen spricht. Erbsensuppe, Wurfschlacken mit Krautsalat. Am nettesten aber sind die Speisegeld, die er einigen kühleren Klaffern anhängt. Von Jean Paul heißt es: Wie dem Geiste nichts zu groß ist, So ist der Güte nichts zu klein.

Stückchen aus Goethe's Zitiert er aus dem "Faust": Das Friedeln, Schreien, Regelschreien Ist mit ein gar verhaßter Klang: Sie toben, wie vom bösen Geist getrieben, Und nennen's Gesang.

Nordischer Humor.

Der Kornschne. Erlauben Sie mal, ich flamme aus einer alten Familie; einer meiner Vorfahren ist bereits im Dreißigjährigen Kriege in der Schlacht bei Lützen gefallen. - Lächerliche Einbildung, mein Großvater ist der erste Mann gewesen, der in unserer Stadt von einem Automobil überfahren worden ist. Die Kant im Bart. Hören Sie mal, junger Mann, hier können Sie aber nicht sitzen und schlafen. - Der Be-trunkene: Ach - huf - es ging - huf - huf - wenn bloß die - huf - etelhaften Wägen nicht wären - huf - huf - machten.

